

Millionen aus Berlin

Sanierung des Wikingecks: Bund übernimmt zwei Dritteln der Kosten / Stadt und Kreis zufrieden mit Verhandlungsergebnis

Alf Clasen SCHLESWIG Die Sanierung der verseuchten Wiking-Halbinsel wird eine teure Angelegenheit. Die Experten gehen mittlerweile davon aus, dass die bisher veranschlagten 14 Millionen Euro bei weitem nicht ausreichen dürften. Seit gestern steht jedoch fest, dass der Bund zwei Dritteln der Kosten übernehmen wird. Das ist das Ergebnis eines Gesprächs, zu dem Enak Ferlemann (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, nach Schleswig gereist war. Mit am Tisch im Kreishaus saßen Landrat Wolfgang Buschmann, Bürgermeister Stephan Dose, die Bundestagsabgeordnete Petra Nicolaisen (CDU) und Hans-Heinrich Witte, Präsident der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt mit Sitz in Bonn.

Sowohl Dose als auch Buschmann zeigten sich im Anschluss zufrieden. „Ich freue mich sehr über das Verhandlungsergebnis. Unser Gesamtkonzept, das maßgeblich durch die Frage der Finanzierung geprägt ist, ist seiner Umsetzung ein großes Stück nähergekommen“, sagte der Landrat. „In dieser Deutlichkeit war damit nicht zu rechnen.“

Ziel des gestrigen Gesprächs war es zunächst, Klarheit über die noch offenen Eigentumsfragen am Wikingeck zu schaffen. Nachdem das Land Ende November 2019 erklärt hatte, kein Eigentümer der kontaminierten Flächen in der Schlei zu sein, sagte Staatssekretär Ferlemann nun, dass alle Wasserflächen inklusive der Uferbereiche im Eigentum des Bundes stünden. Damit ist der Bund Eigentümer von 40 Prozent des kontaminierten Areals. Da er sich vom Gesamtkonzept für die Sanierung überzeugt gezeigt habe, habe der Staatssekretär die Übernahme von zwei Dritteln der Kosten sowie weiterer Nebenkosten zugesagt, berichtete Buschmann. Dem Landrat war es wichtig, zu einer „politischen Lösung“ zu kommen und sich nicht in rechtlichen Auseinandersetzungen zu verzetteln. Einen Dank sprach er der Bundestagsabgeordneten Petra Nicolaisen aus, die sich maßgeblich für den Kreis und die Stadt eingesetzt habe.

Jetzt geht es darum, die Finanzierung der verbleibenden Kosten zwischen Stadt, Kreis, Land und den betroffenen Privateigentümern zu klären. „Das müssen wir hinkriegen“, betonte Bürgermeister Dose. Fest stehe, dass auf die Stadt noch ein erheblicher Betrag zukommen werde. Immerhin habe sich Umweltminister Jan-Philipp Albrecht bereits im Vorfeld beim „Runden Tisch Wikingeck“ zur politischen Verantwortung des Landes bekannt und mindestens zwei Millionen Euro zugesagt. Und Landrat Buschmann kündigte an, dass sich auch der Kreis finanziell beteiligen werde. Eine konkrete Summe wollte er nicht nennen. Zudem gelte es, zu einer sozialverträglichen Lösung mit den privaten Grundstückseigentümern zu kommen.

Ziel ist es, dass die von der Stadt für 200.000 Euro in Auftrag gegebene Sanierungsplanung im ersten Quartal 2021 abgeschlossen werden kann. Anschließend erfolgt eine europaweite

Ausschreibung, die bis zu neun Monate dauern kann. Anfang 2022 soll dann mit dem Austausch von 34.000 Kubikmetern verseuchten Bodens begonnen werden.

Buschmann hob gestern noch einmal hervor, dass die Zeit drängt: „Eine schnelle Entscheidung war umso wichtiger, als in den letzten Jahren deutlich wurde, was für eine massive Umwelt- und Schleiwasserbelastung von den Teerrückständen ausgeht.“